

Martin Häusling

POSITIONSPAPIER

EU-Agrar-Exportpolitik

Exportorientierung führt zu Dumpingpreisen.

**Sie schadet Bauern, Verbrauchern und Umwelt -
in Europa und in Zielländern.**

Europas Ausrichtung auf den Export setzt eine Orientierung an Weltmarktpreisen voraus. Besonders bei Milch und Fleisch wird dadurch die Produktion von Massenware gefördert. Dabei wird ein hohes Maß an Umweltverschmutzung, Verlust von Biodiversität sowie Tierleid in Kauf genommen, was nicht nur Verbrauchergruppen, sondern auch Sachverständige in Europa zunehmend kritisieren. Darüber hinaus wird in einer ganzen Reihe von Zielländern der europäischen Exporte die Entwicklung einheimischer Märkte mit existenzsichernden Einkommen von Erzeugern extrem erschwert. Doch auch die Erzeuger in Europa profitieren nicht davon. Auch hier reichen am Markt erzielbare Einkommen oft nicht zur Sicherung der Existenz. Dennoch wird die Produktion für den Export im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit sehr vielen Steuergeldern – indirekt – subventioniert.

Ist der weitere Einsatz von Steuergeldern in ein solches System volkswirtschaftlich sinnvoll?

EU-Exportregion – wir produzieren für die Welt

Europa ist eine der fruchtbarsten Regionen der Erde, wenn nicht die fruchtbarste. Das Klima ist relativ mild, die Böden für eine intensive agrarische Nutzung mit hohen Erträgen wie geschaffen. Es gibt eine große Bandbreite an Nutzpflanzen, die hier gut gedeihen. Und Europas Milch- und Fleischindustrie ist hoch entwickelt – mit den höchsten Qualitätsstandards der Welt. Solche günstigen Voraussetzungen sollten doch nicht ungenutzt bleiben, wenn es eine ganze Welt zu ernähren gibt, oder?

Nicht ganz aus eigener Kraft...

Doch die stolze Annahme, die Kalorien, mit denen die Welt ernährt werden könnte, kämen zu großen Teilen aus Europa stimmt so nicht. Im Gegenteil: Gerade in den exportstarken Branchen Milch und Fleisch wird in Europa ein großer Teil an Kalorien vernichtet. Nach einer Berechnung des UN-Umweltprogramms könnten die Kalorien, die bei der Umwandlung von pflanzlichen in tierische Lebensmittel weltweit verloren gehen, theoretisch 3,5 Milliarden Menschen ernähren.¹ Bei dieser „Umwandlung“ hat Europa einen großen Anteil. Hier nennt man es „Veredelung“. Für diese „Veredelung“ werden auf 20 Millionen Hektar außerhalb der EU Eiweißpflanzen für die europäische Tierproduktion angebaut. Das ist eine Fläche, die noch einmal 10 Prozent der Agrarfläche der EU entspricht. Diese Flächen werden zusätzlich zu dem mittels Flächenprämien hoch subventionierten Futtermittelanbau in Europa² nur für die industrielle Tierproduktion belegt. Für eine Überschussproduktion an Milch- und Fleisch, mit der Europa in anderen Teilen der Welt „Märkte erobert“ und den

¹ http://www.grida.no/files/publications/FoodCrisis_lores.pdf

² 60 % des in der EU angebauten Getreides landet im Viehfutter.

Verbrauchern dort mit günstigen Produkten aus Europa Gutes tut. Einige Ökonomen nennen das: sinnvolle weltweite Arbeitsteilung. Aber ist das wirklich sinnvoll?

Produktion mit Nebenwirkungen

Nun ist es unbestritten, dass besonders die Kernländer der EU in den letzten 60 Jahren enorme Ertragszuwächse in der landwirtschaftlichen Produktion verzeichnen konnten. Auch die europäische Milch- und Fleischproduktion hat sich in den letzten Jahrzehnten rationalisiert und modernisiert und die Versorgung der Verbraucher mit billigen Produkten ermöglicht. Diese Entwicklung war auch zunächst so gewünscht. Sie wurde in Europa mit einer - im weltweiten Vergleich - fortschrittlichen Umwelt- und Tierschutzgesetzgebung begleitet.

Immer mehr Gutachten belegen allerdings, dass die aktuellen landwirtschaftlichen Produktionspraktiken starke Umweltbeeinträchtigungen mit sich bringen. Gewässer werden belastet, das Trinkwasser ist bedroht, die Artenvielfalt schwindet, die Böden zeigen Burn-Out-Symptome, und klimaefizient sind diese Produktionsmethoden auch nicht.³ Dies verursacht enorme Nachsorgekosten: Eine Studie in Großbritannien beziffert die externen - also die gesellschaftlichen - Kosten der landwirtschaftlichen Produktion im Vereinigten Königreich auf jährlich mehr als 2,3 Mrd. Pfund, für Österreich wurden die externen Kosten auf ca. 1,3 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt.⁴

Beim Tierschutz ist die EU-Gesetzgebung zwar anspruchsvoll, jedoch werden wesentliche Vorgaben ausgehöhlt oder per Dauerausnahmen umgangen:

- Hohe Antibiotikagaben zeigen, dass das EU-Verbot der Mastbeschleunigung und Prophylaxe (vorbeugende Antibiotikagaben an ganze Bestände) mittels einer haltungsbedingten Metaphylaxe regelmäßig umgangen wird.⁵
- Maßnahmen wie Schnabelkürzen und Schwanzkupieren sind in der EU verboten, tatsächlich sind sie aber per Bewilligung von Dauerausnahmen gängige Praxis.
- Die Tötung von Tieren aus ökonomischen Gründen ist in der EU verboten, wird aber im Falle von männlichen Küken (Legehennenproduktion) und überzähligen Ferkeln aufgrund einseitiger Leistungs-Ausrichtung der Züchtung zum ökonomisch bedingten Normalfall in der Praxis.
- Die auf Hochleistung getrimmte Milchproduktion führt bei Milchkühen seit Jahren zu verminderter Fruchtbarkeit, vermehrter Krankheitsanfälligkeit und einer kürzeren Lebensdauer der Tiere.⁶ Diese negativen Folgen der Leistungsorientierung auf die Tiergesundheit werden in der EU allerdings bisher nicht als tierschutzwidrig in Frage gestellt.

Ist es volkswirtschaftlich sinnvoll und vertretbar, negative Umweltwirkungen von steuersubventionierten Produktionsmethoden wiederum mit Steuergeldern abzufangen (u.a. für sauberes Trinkwasser)?

³ Auswahl von Gutachten:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/umweltprobleme_in_der_landwirtschaft_30_jahre_sru-sondergutachten.pdf

<http://www.weltagrarrbericht.de/fileadmin/files/weltagrarrbericht/Weltagrarrbericht/04Fleisch/2015GutachtenNutztierhaltung-Kurzfassung.pdf>

http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2009/94/pdf/HamburgUP_IAASTD_Synthesebericht.pdf

⁴ <http://www.naturkapital-teeb.de/presse/aktuelle-meldungen/meldung/article/162.html>

⁵ Vorsorgliche Gaben von Antibiotika an größere Tiergruppen innerhalb eines Bestandes.

Begründung: Eine Therapie des Einzeltiers ist ökonomisch bei großen Beständen nicht vertretbar.

Siehe auch: <http://www.martin-haeusling.eu/presse-medien/publikationen/327-masse-statt-klasse-eine-haltung-die-krank-macht.html>

⁶ <http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/1143>

Ist es ressourceneffizient, lebensfähige Tiere für eine auf einseitige Leistung getrimmte Exportproduktion als überflüssig anzusehen?

Ist es effizient, ein Leistungsniveau anzustreben, bei dem der Organismus von Nutztieren regelmäßig überfordert wird?

Leitbilder: Wachstum und Freihandel

Die Kommission unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker räumt den globalen Herausforderungen Klimaschutz, Biodiversität sowie Boden und Gewässerschutz deutlich weniger Priorität ein als die Kommissionen der letzten Periode. Für Juncker und Vizepräsident Frans Timmermans spielen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung⁷ die größte Rolle. Unterstützt werden soll diese Zielsetzung durch eine ganze Reihe von Freihandelsabkommen – unter anderem CETA und TTIP.

Die Wachstumsideologie fortzuführen ist nicht nur kurzsichtig, bezogen auf die Ressourcen unseres Planeten. Die Art und Weise, wie dies Wachstum erzeugt werden soll, stellt auch einen Rückfall in die 70er und 80er Jahre dar. Umwelt- und Ressourcenschutzregelungen werden neuerdings wieder als wirtschaftshinderlich angesehen und zurückgeschraubt, anstatt die – auch wirtschaftlich – sinnvollen Innovationschancen zu sehen, die sich damit böten. Kommissar Hogan spricht sich denn auch passenderweise für eine wachstums- und exportorientierte Landwirtschaft aus.

Ist Freihandel immer gut!?

Freihandel schafft Produktion und Arbeitsplätze und senkt unnötige Kosten. Freihandel lässt die Welt näher zusammenrücken und friedlicher werden. So in aller Kürze, die verbreitetsten positiven Annahmen zum Freihandel. Dass es immer auch viele „Handelskriege“ gab und gibt, lassen wir hier einmal außen vor. Der Vertrag von Lissabon über die Europäische Union (EUV) formuliert es so, Art. 3(5): „In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu **freiem und gerechtem** Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, [...]“

Hier stellen sich allerdings 5 Hauptfragen:

- *Wer definiert die Kriterien „frei“ und „gerecht“?*
- *Was ist, wenn die Handelspartner finanziell und technologisch nicht auf einer vergleichbaren Entwicklungsebene stehen?*
- *Was ist, wenn Produkte auf den Märkten des Ziellandes, auf die sie drängen, volkswirtschaftlich gesehen unerwünscht sind, weil sie die Entwicklung des Ziellandes und/oder das Erreichen auskömmlicher Einkommen der dortigen Bauern verhindern?*
- *Was ist, wenn die zu exportierenden Produkte denen, die sie produzieren, kein angemessenes Einkommen beschern, obwohl sie mit einem hohen Aufwand an Steuergeldern subventioniert werden?*

⁷ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12897_de.htm

- *Wie sollen demokratische Nationalstaaten eigene Sozial-, Gesundheits-, Umwelt oder Qualitätsstandards entwickeln, wenn es die Maxime des Freihandels sein muss, all dies zu nivellieren, weil sonst Freihandel nicht so wie angestrebt funktionieren kann?*⁸

Sind europäische Agrarexporte ein Segen?

Die EU war 2014 der weltweit zweitgrößte Milchexporteur. Standardisierte Massenprodukte wie Milch- und Molkepulver machen über 60 Prozent der Exporte aus. Der Export dieser Produkte, vor allem der von Magermilchpulver, hat sich gegenüber 2006 verdoppelt. Die wichtigsten regionalen Absatzmärkte für europäisches Milchpulver sind der Nahe Osten und Nordafrika, gefolgt von Ostasien und Afrika südlich der Sahara, vor allem Westafrika. Magermilchpulver wird dabei mit Pflanzenfett angereichert, um billiges „Vollmilchpulver“ verkaufen zu können. Dies stellt auf den Märkten in Westafrika eine billige Alternative zur Frischmilch für einkommensschwache Verbraucher dar. In Nigeria, Mali und Kamerun wird solches Magermilchpulver in stark ansteigenden Mengen importiert. Die Export-Ausrichtung der großen europäischen Molkereiunternehmen auf diese Absatzmärkte in Afrika zeigen die Investitionen von Arla, FrieslandCampina und Danone. Sie kaufen afrikanische Unternehmen auf oder erwerben Anteile.⁹ Die große Mehrheit dieser Molkereien nutzt ganz überwiegend oder ausschließlich importiertes Milchpulver, das entweder in Portionen in Haushaltsgröße umgepackt oder zu anderen Produkten wie Trinkmilch, Joghurt oder Kondensmilch weiter verarbeitet wird.¹⁰

Mit den aus dem billigen, importierten Magermilchpulver hergestellten Produkten können einheimische Produzenten nicht konkurrieren. Der Aufbau einer eigenen Molkereiwirtschaft, die die Produkte einheimischer Erzeuger abnimmt, wird so im Keim erstickt oder im Nachhinein zerstört.

Eine ähnliche Entwicklung nahm schon die Geflügelproduktion Westafrikas, die durch importierte europäische Geflügel-Billigteile lahmgelegt wurde. Dortige Produzenten können das Fleisch nicht für die 60 Cent/Kilo produzieren, die die billigen importierten Teile kosten, da schon allein das Küken 40 bis 50 Cent kostet. Die Premium-Anteile des Huhns werden vorher auf dem Binnenmarkt in Europa – ebenfalls billig, weil subventioniert – mit Gewinn für den Handel verkauft.¹¹

Den europäischen Erzeugern bringt die Hähnchenproduktion aber ebenfalls kein existenzsicherndes Einkommen: An einem Masthähnchen verdienen die Erzeuger nur zwischen 10 und 20 Cent. Profiteur ist allein der Handel.

Europäische Milch- und Fleischprodukte machen aber nicht nur afrikanischen Produzenten das Leben schwer. Auch in Kolumbien setzen die billigen Milchimporte aus Europa im Zuge des 2012 unterzeichneten Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kolumbien die dortigen Milchproduzenten unter Druck und nun will Agrarkommissar Hogan noch mehr Milch dorthin verkaufen.¹² Eine Kuh in Kolumbien gibt gerade einmal 5 Liter Milch pro Tag (Europäische Milchkühe 20 Liter und mehr).

⁸ Siehe auch: <https://www.boell.de/de/2015/06/24/probleme-des-freihandels-und-bedingungen-fuer-fairen-handel> und Ska Keller in Frankfurter Rundschau 19.02.2016: <http://www.fr-online.de/gastbeitraege/gastbeitrag-globale-politik-gerecht-gestalten,29976308,33819938.html>

⁹ Technical Centre for Agricultural and Rural Cooperation (CTA): The evolving EU-Africa dairy trade: EU corporate responses to milk production quota abolition. Special report. Wageningen 2014

¹⁰ Reichert, T. (2016): [Destruktive Offensive](#) Steigende Exporte von Milchpulver gefährden entwicklungspolitische Ziele und kostendeckende Erzeugerpreise in der EU.

¹¹ Mari, F.-J. 2008: Genießbare Abfälle. In: Der Kritische Agrarbericht 2008

¹² <http://www.martin-haeusling.eu/presse-medien/pressemitteilungen/1205-hogans-kuhandel-milch-im-schlussverkauf-nach-kolumbien-und-mexiko.html>

500.000 Menschen leben in Kolumbien von ihren kleinen Milchwirtschaften. Diese erhalten aber keine Subventionen für ihre Produktion und können so nicht konkurrieren.

Auch in hochentwickelten Zielländern machen europäische Milchexporte den Erzeugern keine Freude. Beispielsweise fürchten die kanadischen Milchbauern, dass mit dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) das kanadische Milchmarktmodell durch billige Milchimporte aus der EU zerstört wird. Dieses beschert seinen Milchbauern seit Jahren auskömmliche Preise (bei moderaten Verbraucherpreisen) aufgrund einer Binnen-Mengensteuerung mit Importbegrenzungen.¹³

Demgegenüber fürchten viele europäische Bauern wiederum zu Recht die Milchimporte aus den USA, falls TTIP (Freihandelsabkommen zwischen EU und USA) den Handel liberalisiert, weil sie gegenüber den industrialisierten Milchbetrieben in den USA kaum wettbewerbsfähig sind¹⁴.

Landwirtschaftliche Exportprodukte sind also im Zielland nicht immer willkommen, noch werden sie dort wirklich immer gebraucht. Egal von welcher Seite man es betrachtet.

WTO und Afrika: Märkte zur Eroberung freigegeben

Als die afrikanischen Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig wurden, gewährten ihnen die ehemaligen Kolonialstaaten Europas einen Handels-Schutzstatus: Während europäische Händler Zölle zahlen mussten, wenn sie ihre Waren nach Afrika exportierten, durften die Afrikaner ihre Güter zollfrei nach Europa ausführen. Die Afrikaner sollten die Chance bekommen, wirtschaftlich aufzuholen. Die Welthandelsorganisation (WTO) fordert seit längerem, dass diese einseitigen Vorteile schrittweise aufgehoben werden.

Bilaterale Freihandelsabkommen – auch und gerade die zwischen der EU und afrikanischen Ländern – brechen zunehmend den Widerstand, den die Entwicklungsländer gegen den Abbau von Schutzmechanismen im Agrarbereich im Zusammenschluss mit andern Entwicklungsländern in den WTO-Verhandlungen halbwegs aufrechterhalten konnten¹⁵.

Der „Erfolg“ gestrichener Exportsubventionen für landwirtschaftliche Güter auf der WTO-Konferenz in Nairobi ist daher bloße Augenwischerei. Denn zum einen dürfen die Schweiz, Norwegen und Kanada noch bis zum Jahr 2020 den Export von Milchprodukten und die EU die Ausfuhr von bis zu 95.000 Tonnen Schweinefleisch fördern.¹⁶

Zum anderen haben die Produzenten in Afrika gegenüber den in den Freihandelsabkommen erzwungenen Agrarimporten ohnehin keine Chance. Denn diese werden allein in Europa mit 41 Milliarden Euro Direktzahlungen und zusätzlichen Investitionsförderungen subventioniert. In Afrika werden also weiterhin Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe aufgeben.

¹³ Siehe Studie zum Milchmarkt unter:

<http://www.martin-haeusling.eu/presse-medien/publikationen/322-die-zukunft-der-milchwirtschaft-bdquo-weniger-ist-mehr-ldquo.html>

¹⁴ siehe Studie zu TTIP unter:

<http://www.martin-haeusling.eu/presse-medien/publikationen/529-ttip-no-we-can-t.html>

¹⁵ <https://germanwatch.org/de/2581>

¹⁶ <https://germanwatch.org/de/11528>

Und wohin gehen die Menschen Afrikas, wenn sie sich zu Hause keine Existenz sichern können? Nicht nach Amerika oder China, deren Exporte auch auf ihre Märkte drängen, sondern nach Europa: Mehr als 170.000 Afrikaner sind im vergangenen Jahr nach Europa geflohen. 71.000 kamen aus Westafrika.¹⁷ Eine sinnvolle Bekämpfung von Fluchtursachen würde hier andere Ansätze erfordern.¹⁸

EU- Exportrekorde: Die Bauern in Europa profitieren auch nicht

Trotz Exportrekords des EU-Mitgliedstaates Deutschland bei Schweinefleisch gaben 2015 vier Prozent der Schweinehalter in Deutschland auf. Für ein konventionelles Ferkel zahlt der Mäster mit allen Nebenkosten rund 50 Euro, für das Futter noch einmal 70 Euro. Hinzu kommen zwölf Euro für Wasser, Strom und die Raten für Kredite: Macht zusammen 132 Euro. Derzeit bekommt der Erzeuger etwa 120 Euro pro Schwein. Wie soll man bei diesen Preisen eine tiergerechtere Produktion verwirklichen?

Die Zahl der milchverarbeitenden Betriebe ist allein in Deutschland von 379 zu Anfang der 1990er auf 149 im Jahr 2014 zurückgegangen, inbegriffen der dazugehörigen Arbeitsplätze im ländlichen Raum¹⁹. In Großbritannien wird noch dieses Jahr vermutlich ein Fünftel der Milchbauern aufgeben.²⁰

Grund dieses Strukturwandels ist das Bemühen um Effizienzsteigerungen auf einem zunehmend globalisierten und auf Kostenführerschaft ausgelegten Markt. Die großen europäischen Molkereien setzen in ihrer Wachstumsstrategie auf Standardprodukte (Butter, Milchpulver), mit denen sie die „Weltmärkte erobern“ wollen. Der Handel mit Milchpulver funktioniert allerdings nur zu Weltmarktpreisen. Zu denen können die europäischen Milcherzeuger wiederum langfristig nicht kostendeckend produzieren, egal wie weit sie ihre Kosten drücken. Das wissen die Molkeristen auch, tun allerdings so, als sei das nur das Problem einer Minderheit der deutschen Milcherzeuger. Solange die Milchproduktion mittels Direktzahlungen künstlich auf Weltmarktpreisniveau gehalten werden kann, werden die wahren Erzeugungskosten beim Auszahlungspreis der Molkereien keine Rolle spielen.²¹ Die Milchbauern zahlen so seit Jahren auf jeden Liter Milch bis zu 20 Cent drauf. EU-weit wird die Prozentzahl der Betriebsaufgaben für das Jahr 2015 voraussichtlich im zweistelligen Bereich liegen.

Insgesamt ist der Anteil des Agrarsektors an der Wertschöpfung in der EU 25 von 31 Prozent im Jahr 1995 auf 24 Prozent im Jahr 2005 gefallen. Für den Exportweltmeister Deutschland war der Einkommensrückgang der Landwirte von 2014 auf 2015 der höchste in der EU, nämlich 37,6 Prozent. Europäische Landwirte verdienen Europaweit im Durchschnitt weniger als 40 Prozent dessen, was in anderen Branchen verdient wird.²²

¹⁷ <http://www.zeit.de/2015/51/afrika-eu-handelspolitik-subventionen-armut-flucht>

¹⁸ <http://www.skakeller.de/themen/handel-und-globale-gerechtigkeit/entwicklungspolitisches/die-wirtschaftspartnerschaftsabkommen-der-eu.html>

¹⁹ http://www.milchindustrie.de/fileadmin/Dokumente/Verband/Fakten_Journalist_Sept_2015.pdf

²⁰ <http://www.telegraph.co.uk/finance/economics/12165323/Thousands-of-dairy-farms-face-closure-as-debts-reach-crisis-levels.html>

²¹ http://www.europeanmilkboard.org/fileadmin/Dokumente/Positions_EMB/12-02_Positions/Genossenschaften.pdf

<http://www.milch-board.de/Presse/Studie-zur-Wertschoepfung-der-Molkereien>

²² <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2010-0225+0+DOC+PDF+V0//DE>

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7107262/5-15122015-BP-EN.pdf/ed3d0366-88e8-4187-ab6d-0a33d14b2d0f>

Wer profitiert von den mit mehr als 41 Milliarden Steuergeldern verbilligten Agrarprodukten, die weltweit über Ozeane verschifft werden? Die Erzeuger nicht. Die Verbraucher nicht. Die Umwelt nicht. Die Tiere nicht. Es profitieren globale Großunternehmen und der Handel.

Die aktuelle Ausrichtung der GAP braucht einen „Fitness-Check“

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) fördert diese ruinöse Produktionsorientierung auf den Export mittels Steuergeldern der europäischen Bürger:

- Flächenprämien²³: Nach wie vor werden die Flächenprämien in der GAP per Hektar gezahlt, und zwar ohne effiziente Auflagen für die Aufrechterhaltung der Ökosystemleistungen, den Erhalt der Biodiversität, für den Klimaschutz oder den Boden- und Gewässerschutz. Das bürokratisch aufwändige, aber ineffektive „Greening“ trägt hier nicht wesentlich zur Verbesserung bei.²⁴

- Investitionsbeihilfen²⁵: Diese werden nach wie vor in vielen EU-Mitgliedstaaten ausschließlich gewährt, wenn sie zur Produktionssteigerung führen. Meist sind damit keine Auflagen für eine umweltverträgliche Bewirtschaftung, eine nachhaltige Flächenbindung der Tierzahlen oder eine anerkannt tiergerechten Haltung verknüpft.²⁶

Sollte der Einsatz europäischer Steuergelder nicht allen Europäern zu Gute kommen? Den Erzeugern, den Verbrauchern – und der Umwelt in Europa? Wie können diese Steuergelder im Rahmen der GAP besser und zum Vorteil aller genutzt werden?

Alternativen zur Exportorientierung

Worauf wir in Europa (und weltweit) setzen müssen, ist eine nachhaltige, ressourcenschonende und tiergerechte Landwirtschaft, die sich auf ihre eigenen Stärken und wo immer möglich auf die eigenen lokalen Verarbeiter und Märkte besinnt. Mehr regionale Produktion, mehr regionales Handwerk, mehr regionaler Handel. Das generiert auch mehr Wertschöpfung vor Ort. Welchen Sinn macht es, Milch und Fleisch (oder Äpfel und Birnen) in beide Richtungen über den Atlantik zu handeln? Wir brauchen eine Qualitätsoffensive statt eine Exportoffensive!

Doch gerade die Ansätze für eine solche Qualitätsproduktion sind durch CETA und TTIP bedroht, denn weder Kanada noch die USA respektieren europäische geografische Ursprungsbezeichnungen. Im fertig verhandelten Abkommen mit Kanada (CETA) werden diese durch die Aufrechterhaltung dort etablierter Marken, wie „Black-Forest-Ham“ oder „Munster“, unterwandert und die Lebensmittelindustrie in den USA läuft im Rahmen der TTIP-Verhandlungen Sturm gegen sie. Hier sind

²³ EU-weit 41,4 Milliarden; in Deutschland 4,85 Milliarden

²⁴ https://www.ufz.de/export/data/1/93091_Kurzfassung_LaendRaeume_Kurzfassung.pdf

²⁵ EU-weit in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich; in Deutschland durchschnittlich 17 Prozent der Mittel der zweiten Säule; diese Betragen jährlich 1,35 Milliarden EU-Mittel plus Kofinanzierung der Bundesländer

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13345_de.htm

²⁶ GRÜNE Länderagrarminister in Deutschland haben hier gegengesteuert und Auflagen für Investitionsbeihilfen gemacht, zB. beim Tierschutz.

beide Abkommen völlig kontraproduktiv.²⁷ Zwar behauptet die EU-Kommission, sie habe die schützenswerten regionalen Spezialitäten in CETA erfolgreich verteidigt (was nicht den Fakten entspricht, siehe oben) und werde diese auch in den TTIP-Verhandlungen verteidigen. Allerdings finden sich nicht einmal alle schützenswerten regionalen Spezialitäten auf der Verhandlungsliste, wie das Beispiel „Dresdner Stollen“ zeigt²⁸. Einzig sicher ist das „Bio-Label“, weil es seit 2012 in einem eigenen Abkommen mit den USA geregelt ist.²⁹

Exportproduktion orientiert sich am Weltmarktpreis, setzt auf Kostenführerschaft statt auf differenzierte Qualitäten und übergeht die Wertschöpfung vor Ort. Sie spült diese in die Hände der Anteilseigner und globalen Investoren des internationalen Handels. Investitionen, die daraus entstehen, stärken in aller Regel wiederum nicht die lokale Produktion.

Für eine nachhaltige Entwicklung von Regionen ist es nicht egal, ob landwirtschaftliche Betriebe reine Abschreibungs- oder Spekulationsobjekte oder ob sie regional integriert sind und ihre Produkte in den Verarbeitungs- und Vermarktungsfluss vor Ort einbringen. Und: Ob es in der Region sauberes Grundwasser gibt, interessiert einen tausend Kilometer weit weg sitzenden Investor kaum.

Für die Zukunft nicht aufs „falsche Pferd setzen“

Eine aktuelle Studie³⁰ im Auftrag des Europäischen Parlaments kommt zu dem Schluss, dass Agrarpolitik sich mehr auf die Förderung der kleinen und mittleren Betriebe konzentrieren sollte, da diese die Zukunft im ländlichen Raum seien. Die mittleren und kleinen Betriebe, die mehr auf eigene Ressourcen setzten anstatt auf kapitalintensives Wachstum, seien im Hinblick auf globalisierte und volatile Märkte deutlich Überlebensfähiger. Außerdem lieferten diese, die qualitativ hochwertigen von der Gesellschaft nachgefragten Produkte, sorgten für Beschäftigung im ländlichen Raum und belasteten die natürlichen Ressourcen weniger. In erster Linie Großbetriebe zu fördern hieße völlig „aufs falsche Pferd zu setzen“, so die Autoren der Studie.

²⁷ <http://www.regulations.gov/#!documentDetail;D=USTR-2013-0019-0235>

<http://www.nmpf.org/latest-news/articles/negotiations-continue-us-trade-agreements>

²⁸ <http://www.mz-web.de/wirtschaft/dresdner-gebaeck-nicht-geschuetzt--christstollen-aufregung-nach-ttip-verhandlungen,20642182,32724920.html>

²⁹ Dies bedeutet nicht, dass es sinnvoller ist, Bioprodukte über den Atlantik auszutauschen. Ob günstige Bio-Äpfelimporte aus Argentinien und den USA den Ausbau der europäischen Bio-Äpfelproduktion behindern, darf kritisch hinterfragt werden.

³⁰ Die Studie ist noch nicht veröffentlicht. Der Entwurf der Studie kann aber unter info@martin-hausling.de angefordert werden.

Zukunftsfähige Landwirtschaft in Europa - die Alternative zur einseitigen Exportorientierung

Wir wollen eine Land- und Ernährungswirtschaft, die für Europa gute frische Produkte ökologisch und tiergerecht erzeugt. Wir wollen keine Agrarpolitik, die Steuergelder dazu verwendet, mit Dumpingpreisen, auf Kosten von Bauern in Europa und anderswo sowie auf Kosten der Tiergesundheit und der Umwelt Markteroberungspolitik zu betreiben.³¹

Für eine Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und lokaler Produktion müssen angepasste Standards entwickelt und gesetzt werden, im Umweltbereich und unter sozialen Kriterien, auf EU-Ebene und international. Eine nachhaltige Produktion und Ernährungswirtschaft, deren Gewinne nicht an den Erzeugern vorbei gehen sollen, kommt ohne kleine und mittlere Strukturen nicht aus. Diese müssen gestärkt werden. Eine hohe Prozessqualität im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz mit hoher Wertschöpfung funktioniert deutlich besser lokal und regional.

Das für die EU-Kommission erarbeitete Diskussionspapier des Instituts für Europäische Umweltpolitik (IEEP) „Entwicklung eines regionalen Ansatzes für die Gemeinsame Agrarpolitik“ hatte dies 2011 schon einmal formuliert:

„Ein regionaler Ansatz wird als der am besten geeignete beschrieben, um den aktuellen sozialen und globalen Herausforderungen zu begegnen. Hierbei wird die Notwendigkeit der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) besonders betont.“³²

Die aktuelle Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments bestärkt dieses Fazit nochmals deutlich.

³¹ <http://www.martin-haeusling.eu/themen/eu-agrarreform/1014-positionpapier-zur-neugestaltung-der-gemeinsamen-europaeischen-agrarpolitik-gap.html>

³² IEEP - Institute for European Environmental Policy 2011: Developing a Territorial Approach for the CAP. A discussion paper.

Forderungen

Für eine Umlenkung sämtlicher Subventionen. Wir müssen weg von einer exportorientierten Ernährungswirtschaft.

Die Direktzahlungen sind trotz des „Greenings“ nicht zur Sicherung ökologischer Dienstleistungen und Ressourcen geeignet, ihre aktuelle Ausrichtung kostet volkswirtschaftlich doppelt Geld. Sie sollten daher auslaufen. Wer exportieren will, kann das auch ohne Subventionen. Steuergelder sollen nur noch an ökologisch nachhaltig und tiergerecht wirtschaftende Betriebe gezahlt werden. Die Stärkung der Qualitätsproduktion und regionaler Handelsstrukturen muss dabei begleitende Priorität haben.

Siehe auch: [Positionspapier zur Neugestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik \(GAP\) von Robert Habeck und Martin Häusling.](#)

Für gutes Essen und faire Preise.

Der Verbraucher soll es nicht alleine schultern müssen. Schließlich werden Politiker dafür gewählt, dass sie vernünftige Regeln aufstellen. Freiwillige Selbstverpflichtungen bringen uns nicht weiter, solange Kostenführerschaft weltweit führendes Ziel ist. Die Politik muss mindestens die Rahmenbedingungen für differenzierte Prozessqualitäten setzen und dem Verbraucher mit einer nachvollziehbareren Kennzeichnung ermöglichen, sich zu entscheiden. Beispiel: Kennzeichnung von Haltungsformen der Tiere auf Fleischprodukten, ganz so wie bei Eiern.³³ Landwirte müssen in erster Linie vom Verkauf ihrer Produkte leben können. Verbraucher, die mehr Tier- und Umweltschutz wollen, müssen diesen Preis auch bereit sein zu zahlen³⁴.

Für mehr Artenvielfalt, Klima-, Boden- und Tierschutz.

Pestizide, die unsere Gesundheit gefährden und Bienen und Vögel dezimieren, müssen verboten werden. Das EU-Zulassungsverfahren für Agrargifte muss überarbeitet werden, letztendlich müssen wir weg vom Gift auf dem Acker!³⁵

Siehe auch: [Studie: Wir sind dann mal weg: die \(un-\) heimliche Artenerosion in Europas Agrarlandschaften.](#)

Wir müssen unsere Böden fit machen für den Klimawandel. Dafür brauchen wir die Förderung einer humusmehrenden Bodenbewirtschaftung. Wir müssen weg vom energiefressenden Düngersack, hin zu Leguminosen und hochwertigem organischen Dünger mit konsequenter Flächenbindung der Tierzahlen und mehr Weidehaltung.

Siehe auch: [Studie: "Down to earth - Zum Zustand der Böden in Europas Landwirtschaft".](#)

Weitere Informationen: <http://www.martin-haeusling.eu>

³³ [Transparenz schaffen – Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einführen. Antrag Grüne BTF.](#)

³⁴ <http://www.vzbv.de/pressemitteilung/umfrage-verbraucher-wuerden-fuer-tierschutz-mehr-zahlen>

³⁵ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/5-punkte-programm_fuer_einen_nachhaltigen_pflanzenschutz_1.pdf